

Ge-14 SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo
Stärkeren Schutz vor Eigenbedarfskündigungen

Beschluss: Stärkeren Schutz vor Eigenbedarfskündigungen

Der Bundesgesetzgeber wird ggf. über eine Bundesratsinitiative aufgefordert, zivilrechtlich die Voraussetzungen für Zulässigkeit von Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum deutlich anzuheben und einen Straftatbestand im Strafgesetzbuch zu entwickeln, der das missbräuchliche Vortäuschen der Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Eigenbedarfskündigung unter Strafe stellt.

Überweisen an

Bundestagsfraktion